

Öffentliche Propaganda Teil 13 a INSA und andere „Institute“

(NDR-Hörfunkausstrahlung am 29.11.11 über erste Ergebnisse zu **der INSA-Studie „50plus“** mit positivistischem Ansatz und der Behauptung, die Menschen ab 50 seien sehr zufrieden und sähen für sich noch eine lange aktive Schaffensperiode vor sich, regte mich zu Nachforschungen an)

Ergänzt mit Infos über das ZEW, Mannheim 22.02.2012

1.) die Studie an 3.000 ausgewählten Bürgern über 50 über ihr Befinden vom August 2011, durchgeführt vom Marktforschungsinstitut „YouGov“ mit Zentrale in London (gegr. 2000) **ist noch nicht abgeschlossen.**

2.) der Auftraggeber, das „Institut für neue soziale Antworten“ (INSA), Erfurt

ist eine private Forschungseinrichtung, die mehrheitlich von der CDU und von der Banken- und Versicherungswirtschaft gestützt wird.

Die Kooperations- und Finanzierungspartner des INSA sind:

VID, die BP, ROCHE, Beirat der Wirtschaft (BdW), SIGNAL IDUNA Versicherungen, EVONIC INDUSTRIES, die von Beamten dominierte BAGSO (neuer Untertitel: „Lobby für die Alten“), Berenberg Bank, Bundesministerium für Familie und Soziales (BMFS), dm-Gruppe und die Springer-Gruppe über eine BILD-Kooperation.

Institutsleiter: Hermann Binkert CDU (ehem.Staatssekretär)

Beiratsmitglieder des INSA:

Vorsitzender: Dieter Althaus (ex. Ministerpräsident.) CDU

Weitere: Olaf Optiz (Journalist des FOCUS) CDU-dominiert

Birgit Zenker (Bundesvorsitzende der KAB –Katholische
(Arbeitnehmerbewegung, Köln) CDU

Dr. Miachel Schramm, Banker aus dem Bankhaus Berenberg

Dr. Friedrich Schneider (Ökonom, Experte für Schattenwirtschaft)

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Privatdozent, MdB GRÜNE

Gemeinnützigkeit:

Die Selbstauskunft des INSA dazu lautet: „Das Institut dient ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO. Es gehört zu den in § 5 Abs. 1. Nr. 9 KStG bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen. Spenden an INSA sind steuerlich abzugsfähig.“

Ziele des INSA gemäß Selbstauskunft:

„Ziel des Institutes ist es, Antworten zu erarbeiten, wie durch wirtschaftliche Freiheit und gesellschaftliche Mitwirkung soziale Sicherheit garantiert werden kann. Uns bewegt unter anderem, wie Familien gestärkt, ein bedingungsloses Grundeinkommen umgesetzt, Arbeit umfassender anerkannt, zu bürgerschaftlichem Engagement motiviert und Generationengerechtigkeit ermöglicht werden kann.“

Kommentar:

Wir haben hier ein ähnliches Meinungsbeeinflussungs-Werkzeug wie das ebenfalls von der CDU und hauptsächlich von der Finanz- und Versicherungsindustrie finanzierte und gesteuerte private Forschungsinstitut „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“ (INSM), Berlin (gegr. 2000),

für welches so bekannte „Botschafter“ zur Verbreitung seiner Thesen tätig sind, wie Prof. Bernd Raffelhüschen, Prof. Roman Herzog, Prof. Bert Rürup usw. usw. usw.

Es ist zu erwarten, dass verfügbare Informationen in bekannter Weise „wissenschaftlich“ ausgewertet und beurteilt werden, um bestimmten gesellschaftlichen Zielen eine angeblich „neutrale“ Begründung zu liefern

Wir werden erleben, dass diese neue Studie „INSA-Studie 50plus“ in die gleiche Richtung zeigen wird wie die von Prof. Raffelhüschen für das INSM durchgeführte Untersuchung, die zu dem Ergebnis kam, dass die Deutschen immer zufriedener werden, wenn sie älter werden, was Raffelhüschen aus den Umfragen zum SOEP-Pannel herausgelesen haben will.

Auch die Ergebnisse der Raffelhüschen-Studie rauschten wochenlang durch die Blätter der Springer-Gruppe und über die Bildschirme der Springer-dominierten TV-Sender.

Es wäre erstaunlich, nach der ersten heutigen kurzen Vorab-Information, wenn nicht auch die „INSA-Studie 50plus“ propagandistisch von den Konservativen ausgeschlachtet würde, um die öffentliche Durchbringung ihrer menschenverachtenden Verschlechterungen – gerade für den Teil der Bevölkerung im Alter ab 50 aufwärts – zu erleichtern, wenn diese Studie nicht gar ausschließlich für diesen Zweck in Auftrag gegeben wurde.

Die weitere Entwicklung des Umganges mit dieser Studie und die Ausdeutung ihrer Ergebnisse in der Öffentlichkeit und in den Polit-TalkShows der TV-Sender sollte von uns allen sehr genau beobachtet und hinterfragt werden, denn mit größter Wahrscheinlichkeit ist hier eine neue Propaganda-Welle in Vorbereitung !!!!!

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die“ Rente mit 67“, die Realisierung des Regierungsbeschlusses der großen Koalition zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit von 65 auf 67. Als Ende 2010 der vorgesehene Zeitpunkt zur Überprüfung des Gesetzes auf Tauglichkeit herangenaht war, tauchten plötzlich überall Veröffentlichungen auf, die zeigen sollten, dass der Anteil der Älteren über 55 in der Wirtschaft zwar noch niedrig sei, aber in den letzten Monaten doch deutlich zugenommen habe, so dass in der nächsten Zeit eine große Steigerung ihres Anteils an der Zahl der Beschäftigten insgesamt zu erwarten sei.

Frau von der Leyen sprach Anfang 2011 sogar davon, das die Älteren über 50 „die Gewinner am Arbeitsmarkt“ seien. Das Gesetz wurde dann, gegen Widerstände, doch verabschiedet.

Die Wahrheit dagegen ist bis heute: der Aufschwung 2010/11 ging an den älteren Arbeitssuchenden über 50 glatt vorbei!!

Arbeitnehmer ab 50 haben nach wie vor nur geringe Chancen, wieder einen neuen Arbeitsplatz zu finden, wenn sie arbeitslos werden. Und sind sie erst einmal in die Gruppe der älteren Langzeitarbeitslosen über 55 gerutscht, haben sie bis heute kaum noch Chancen, wieder eine einigermaßen bezahlte, ihren Fähigkeiten und Ausbildungen entsprechende Arbeit zu finden.

Für sie bedeutet die Rente mit 67 einfach nur grausame 7,2% zusätzlichen Rentenabzug lebenslang, per Gesetz, wenn die Übergangszeit vollendet sein wird. Und von dieser Kürzung werden ca. 75 bis 80% aller pflichtversicherten Arbeitnehmer betroffen sein, weil sie ab 65 keine Arbeit mehr finden werden.

Wann endlich wehren sich die Betroffenen?

Ich rufe Ihnen zu: „wählt sie ab, wählt sie endlich ab, sie zerstören unsere Zukunft, sie zerstören unser Land, sie zerstören unsere Gesellschaft, nur weil die Reichen und Mächtigen es schön haben sollen!“

Volker Fritz

**Folgeseite: weitere Propaganda-Werkstätten der CDU:
und „Institute“**

Weitere Propaganda-Werkstätten der CDU: (es gibt natürlich noch weitere)
Neben dem INSM in Berlin wurden im gleichen Zeitraum noch weitere „private Institute“ gegründet, die ebenfalls wissenschaftlich verpackte Propaganda bedarfsgerecht produzieren, um mit Hilfe dieser „Forschungsergebnisse“ die öffentliche Meinung und die Meinungen der Parlamentarier in den Ländern und im Bundestag zu beeinflussen.

Sie alle haben wohlklingende Namen, die die Propaganda-Absicht mehr oder minder verstecken sollen. Und da in den Zeitungen und im TV nicht über Hintergründe aufgeklärt wird, kann der „normale Bürger“ auch nicht ahnen, dass es sich hier um Propagandawerkstätten der CDU und CSU – in Verbindung mit der Wirtschaft handelt. :

„Deutsches Institut für Altersvorsorge“ e.V. (DIA), Köln u. Frankfurt (1998)

www.dia-altersvorsorge.de, **privates Institut**

Institutsleiter: Werner Janzen, Frankfurt (Deutsche Bank)

Sprecher: Bernd Katzenstein (Bankkaufmann u. Journalist, u.a. DB, CAPITAL)

Träger: Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Bauspar AG, DWS Investment GmbH, Deutscher Herold AG Versicherungen

Herr Prof. Raffelhüschen arbeitet im Zweitberuf, neben seiner baden-württembergischen Professur, für das DIA und kann hier sein Honorar frei vereinbaren.

„Roman Herzog Institut“ e.V. (RHI), München (Gründung 2002)

privates Institut

Institutsleiter: Prof. Roman Herzog (Altbundespräsident u. ehem. Verfassungsrichter)

Träger: Arbeitgeberverbände

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw)

Vereinigung der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e.V. (vbm)

privates Wirtschaftsforschungsinstitut IDW, Köln

Ziele: Forschung und Stellungnahmen im Bereich Bildung, Qualifizierung, Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt, Zukunft der Arbeit

Natürlich beschäftigen sich diese Einrichtungen auch mit allgemeinen, tatsächlich interessierenden Fragestellungen.

Da sie jedoch privat organisiert und finanziert werden, kommen meist auch die Aufgabenstellungen aus dem Bereich der Finanzierer.

Außerdem ist es verständlich, dass ein solches Institut, im Falle einer „Forschung“ mit nicht-wunschgemäßem Ergebnis oder gar den Auftraggeber belastendem Resultat, kein Ergebnis veröffentlicht und den „Forschungsauftrag“ abbricht.

Meist jedoch können wir feststellen, dass Forschungsergebnisse von diesen Wissenschaftlern „interpretiert“ werden, natürlich so, dass der gewünschte Effekt des „wissenschaftlichen Beweises“ für politische Thesen in eine bestimmte Richtung eintritt.

Und wir können auch feststellen, dass in der Politik dann diese vermeintlich „alternativlosen“ „Tatbestände aus wissenschaftlicher Untersuchung“ als Grundlage für die Durchsetzung von Gruppeninteressen gegen die Mehrheit der Bevölkerung verwendet werden.

Wie sagt Frau Kanzlerin Merkel doch immer: „unsere Wissenschaftler, also unsere Fachleute, haben das durch ihre Forschungsarbeit festgestellt und wir Politiker in der Verantwortung müssen entsprechend handeln...“

Na denn man prost Ihr Lieben, seid wachsam...!!!!...

Das „Institut für Wettbewerbsökonomie“ (DICE), Düsseldorf an der Heinrich-Heine-Universität (HHU) (gegründet 2009) auf Initiative der Unternehmerfamilie Schwartz-Schütte und der Schwartz-Schütte-Förderstiftung ist sicherlich ein Sonderfall, als es heute Teil der HHU ist.

www.dice.uni-duesseldorf.de

Die Förderstiftung finanzierte auch die Errichtung eines hochmodernen Neubaus, in welchem das DICE untergebracht ist.

Die Forschung des DICE umfasst „theoretische, empirische und experimentelle Arbeiten Zu wettbewerbsökonomischen Fragestellungen.“ DICE gibt eine Schriftenreihe heraus, in der erste Arbeitsergebnisse veröffentlicht werden.

Forschungsthemenschwerpunkte sind:

Vertragsregulierung und Kontrolle

Marktkräfte in vertikal abhängigen Märkten

Wettbewerb im Gesundheitswesen im Wandel

Globalisierung und Liberalisierung von Produktmärkten - Veränderung der Wettbewerbsbedingungen auf den Produktmärkten lösen Veränderungen der Arbeitsorganisation aus.

Einer der 5 Professoren des DICE ist Prof. Dr. Justus Haucap (42), der auch Vorsitzender der Monopolkommission der Bundesregierung ist. Er vertritt die These (Handelsblatt Febr.2011), dass Mindestlöhne nicht vom Gesetzgeber, sondern wenn, dann von einer unabhängigen Kommission bestimmt werden. Im Grundsatz ist er aber gegen Mindestlöhne, da sie aus dem Geist des Protektionismus heraus motiviert seien. Allenfalls ein moderater Mindestlohn von max. 5.-EUR sei akzeptabel und, wenn denn schon, eher zu empfehlen, als branchenbezogene Mindestlöhne.. Eine andere These vertrat Haucap ebenso: „ die Arbeitnehmer-Freizügigkeit für eine Reihe ost-und mitteleuropäischer Länder darf nicht eingeschränkt werden. Er vertritt hier die Meinung des Chefs der 5 Wirtschaftsweisen, Wolfgang Franz, dessen Ansichten er ausdrücklich zustimmt.

Er ist zugleich Forschungsprofessor am **Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)** in Berlin, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des **Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsforschung (RWI)** in Essen, er ist Mitherausgeber der Zeitschrift „*Wirtschaft und Wettbewerb*“, und in weiteren wissenschaftlichen Beiräten..

Kommentar:

Durch die Gewinnung von Prof. Justus Haucap als Professor des DICE in 2009 bekommen die Arbeiten des Institutes eine besondere Gewichtung. Durch seine Tätigkeit in den vielen Gremien und als Vorsitzender der Monopolkommission ist er natürlich ideal geeignet, politische Motive und Haltungen in seine tägliche Arbeit einfließen zu lassen und deren Inhalte zu transportieren.

Die Schwarz-Schütte-Förderstiftung dürfte zu seiner Berufung an das DICE ein gewichtiges Wort mitgeredet haben.

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim

gegründet 1990, auf Initiative der Landesregierung von B.W., der Wirtschaft vom B.W. und der Universität Mannheim. Etat 2010: 16,2 Mio EUR, 180 MA, davon 10 Verwaltung.

GF: Prof. Dr. Dr., Wolfgang Franz (Präsident/Wissensch. Ltg.) , zugleich Chef der 5 Wirtschaftsweisen, die die Regierung beraten.

Thomas Kohl (Kaufm. Direktor)

Finanzierungsstruktur:

Institutionelle Förderung 53%, Drittmittel: 41%, Rücklagen 6%

Förderkreis: Wissenschaft u. Praxis am ZEW e.V.: Firmen Freudenberg, BASF, ProMinent
Dosiertechnik, MLP AG, Fuchs Petrolub AG

Drittmittel nach Auftrag und Zuwendungsgeber: (Stand 2010)

Bund und ausländische Ministerien: 38%
Unternehmen/Verbände: 23%
EU-Kommission 17%
Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) 10%
Länder: 7%
Stiftungen: 3%

5 Forschungsbereiche: Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement
Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung
Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung
Unternehmenssteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft
Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement

Auftraggeber: Staaten und Ministerien:

Schweiz, deutsche Ministerien, EUROSTAT, Kommission der EU, die
deutschen Länder Bd.-W., NRW, Bremen

Unternehmen:

Deutsche Bank AG, Credit Suisse, Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
ABN AMBO Bank, ARGE Baden-Württemberg (Verband der Bausparkassen)
Deutsche Telecom, BASF AG, Verband der Chem. Industrie (VCI), VDMA

Institute:

Bertelsmann Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Volkswagen-Stiftung, Hans-
Böckler-Stiftung, Heidelberger Akademie der Wissenschaften (HAW)

Selbstauskunft: man lobt besonders die starke nationale und internationale Vernetzung
und Zusammenarbeit mit anderen Institutionen. Zum 01.01.2005 wurde das
private Institut in die „blaue Liste“ der gemeinsamen Bund-Länder-Förderung
aufgenommen und zum gleichen Zeitpunkt Aufnahme in die Leibnitz-
gesellschaft.

Kommentar Fritz:

Auch vom ZEW, unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Franz, sind wesentlich nur
solche veröffentlichten „Findungen“ und „Forschungsergebnisse“ zu erwarten, die einerseits
der Wirtschaft dienen und andererseits die beauftragenden Regierungen und Ministerien
mit „wissenschaftlichen Untersuchungsergebnissen“ beliefern. Dabei kann zwar nicht
bewiesen werden, ist aber logisch anzunehmen, dass die zu erarbeitenden Ergebnisse
als Zielkorridor Teil der Aufgabenstellung sind.

**Dr. Franz tritt zum Beispiel für einen Mindestlohn von höchstens 5.-EUR ein und dafür
den Zuzug osteuropäischer Arbeitskräfte in keiner Weise zu beschränken. Der neo-
liberale Denkansatz dahinter kommt von jemandem, der selbst bestens abgesichert
ist. Wir kennen das ja schon.**

Beispiel: Untersuchung für das Arbeitsministerium von Ministerin Von der Layen, die
angeblich ergeben soll, dass inzwischen bereits 60% aller Arbeitnehmer zwischen 55 und
unter 65 in Beschäftigung sind und – zweite Aussage „Ältere steigern die Produktivität“ –
völlig herausgerissen aus dem Kontext (denn hier ist „Ältere“ mit „45 bis 50“ definiert).
Seltsam nur, dass der DGB den Beschäftigungsgrad der 60 bis unter 65-jährigen aktuell
mit 25% angibt.